

Mühleberg soll vom Netz

Swisscleantech will den Atomausstieg bis 2040

ZÜRICH Neue Atomkraftwerke, Ausstieg oder Gas: Am 25. Mai stellt der Bundesrat die Weichen in der Energiepolitik. Der Verband Swisscleantech fordert eine Neuausrichtung (siehe Interview). Gemäss dem Szenario, das der SonntagsZeitung vorliegt, soll das AKW Mühleberg sofort vom Netz. Beznau I und II sollen nach 2020 heruntergefahren werden, kurz vor 2040 würden Gösgen und Leibstadt folgen.

Die Lücke soll vor allem mit Sparen, Solar- und Importstrom geschlossen werden. Temporär seien auch ein bis zwei Gaskraftwerke denkbar, aber nur unter Einhaltung der CO₂-Ziele, sagt Verbandspräsident Nick Beglinger. «Es wäre aber total falsch, die Energiestrategie der Schweiz darauf auszurichten.» Den Bau von sechs bis acht Gaskraftwerken, den Axpo-Chef Heinz Karrer vor einer Woche im Interview mit der SonntagsZeitung propagierte, hält er für eine Fehlinvestition: «Axpo, Economiesuisse & Co. müssen die Zeichen der Zeit erkennen.»

Deutsche Studie sorgt für Nervosität bei Economiesuisse

Economiesuisse sieht derzeit allerdings keine Alternative zu Grosskraftwerken. «Bleiben die Bewilligungsverfahren für die auslaufenden Kernkraftwerke blockiert, so führt kein Weg am Bau einer erhöhten Zahl von Gaskombikraftwerken als Übergangslösung vorbei», steht in der Resolution des Vorstandsausschusses. Neu rückt aber auch Kohle in den Fokus. Auslöser dafür ist eine Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu den Kosten des Atomausstieges bis zum Jahr 2017.

Der Ausfall von 150 Terawattstunden durch die Abschaltung der deutschen AKW will die dortige Industrie durch Strom aus Braunkohle-, Steinkohle- und Erdgaskraftwerken ersetzen. Gas allein sei zu teuer, erneuerbare Energien ohnehin, lautet die Begründung. Dass der Exportweltmeister auf billige Kohle setzt, sorgt bei Economiesuisse für Nervosität. Der Preisnachteil der Schweizer Industrie gegenüber ihrem wichtigsten Abnehmer könnte sich vergrössern, so die Befürchtung. Die Schweiz dürfe die Option Kohle nicht ausschliessen. GUIDO SCHÄTTI

«Wir schaffen neue Jobs, wenn wir die Energiepreise erhöhen»

Cleantech-Pionier Nick Beglinger kritisiert die Energieszenarien von Economiesuisse

VON GUIDO SCHÄTTI (TEXT)
UND MICHELE LIMINA (FOTO)

ZÜRICH Beim Streit um die Reduktion des CO₂-Ausstosses schlug seine grosse Stunde: Der Ständerat stimmte im März dem Senkungsziel von 20 Prozent zu und folgte dem Swisscleantech-Verband und seinem Direktor Nick Beglinger. Der Wirtschaftsverband Economiesuisse, der die Latte nur halb so hoch ansetzen wollte, stand im Regen. Nun tritt Beglinger erneut gegen die etablierten Wirtschaftsvertreter an. Er fordert eine Neuausrichtung der Energiepolitik auf Sonne, Wind und Effizienz – und hofft, dass ihm die Politik auch diesmal folgt.

Vor Fukushima wollte Ihr Verband keine Stellung zur Atomfrage beziehen. Nun fordern Sie den Ausstieg. Sind Sie ein Opportunist?

Wir haben damals gesagt, dass Atomkraftwerke ökonomisch fragwürdig sind und dass man richtig rechnen muss. Das haben wir nun getan. Unsere Position mussten wir nicht ändern. Economiesuisse will die Stromlücke mit neuen AKW oder Gaskraftwerken schliessen. Das ist für uns nicht nachvollziehbar, auch aus wirtschaftlicher Sicht. Die Stromlücke ist ein veraltetes Konstrukt, das es in der Realität nicht gibt. Die nationale Steuerung des Strommarkts ist von gestern. Die Energiemärkte werden offen und international. Das bedeutet höhere Auslandsabhängigkeit und höhere Risiken. Im Interesse der Wirtschaft liegt das nicht.

Es ist falsch, nur immer vom Strom zu reden. Wenn man Öl und Gas einbezieht, beträgt unsere Auslandsabhängigkeit heute 80 Prozent und ist mit grossen geopolitischen Risiken verbunden. Wir wollen eine Eigenversorgung von über 50 Prozent.

Wie soll das funktionieren?

Durch eine Kombination von Massnahmen bei der Effizienz und der Energiebeschaffung. Zentral ist die Einführung einer Vollkostenrechnung auf Atomstrom, aber auch auf Wasser und gewis-



Nick Beglinger: «Die Stromlücke ist ein veraltetes Konstrukt, das es in der Realität nicht gibt»

se erneuerbare Energien müssen Prämien erhoben werden, welche die realen Risiken und somit die realen Kosten abdecken. Die Prämien speisen einen Fonds, der Effizienztechnologien und erneuerbare Energien fördert.

Das führt zu einer gigantischen Umverteilungsmaschinerie.

Falsche Verteilung findet statt, wenn man falsch rechnet und die Risiken von Atomstrom und CO₂-Emissionen vergisst. Nicht die Politik oder ein Beamter in Bern soll darüber bestimmen, welche Technologien gefördert werden, sondern der Markt. Damit der Markt aber funktioniert und die

richtigen Signale aussendet, müssen die Preise stimmen. Höhere Energiekosten lassen sich nicht abwenden. Für die Schweiz bedeutet das einen Verlust an Arbeitsplätzen. Die Energiepreise werden tatsächlich steigen, aber das Abwanderungsargument greift zu kurz.

Gemessen am Gesamtaufwand sind die Energiekosten in der Schweiz gering. 99 Prozent der Firmen haben Energiekosten im tiefen einstelligen Prozentbereich. Selbst ein Anstieg von 30 Prozent fällt bei der Frage der Gesamtwettbewerbsfähigkeit nicht ins Gewicht.

Für die produzierende Wirtschaft schon. Das Stahlwerk Gerlafingen kommt schon mit den heutigen Strompreisen nicht über die Runden.

Für energieintensive Unternehmen mit Energiekosten über fünf Prozent muss man Ausnahmeregelungen aufstellen. Aber man darf die Regeln nicht für die Ausnahmen machen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist eine Billigenergiestrategie der falsche Weg. Den Druck auf die Arbeitsplätze durch höhere Preise können Sie nicht wegdiskutieren.

Wir schaffen Jobs, wenn wir die Energiepreise erhöhen. Wird eine Ölheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt, fließt das Geld für die Energie nicht mehr in den Nahen Osten, sondern an Ingenieursfirmen und Wärmepumpenhersteller. Dasselbe gilt für erneuerbare Energien – es bleibt ein viel grösserer Teil der Wertschöpfung in der Schweiz. Als Vorreiter profitieren wir zudem von den schnell wachsenden Exportmärkten für Effizienztechnologien.

Sie wollen erneuerbare Energien fördern. Das zeigt, dass sie nicht konkurrenzfähig sind.

Das sind sie heute nur deshalb nicht, weil Strom aus Kernkraftwerken subventioniert wird. Die Risiken eines GAUs trägt der Staat und damit der Steuerzahler zum Nulltarif. Würde man die richtige Versicherungsprämie einrechnen, wäre Atomstrom viel teurer – und alternative Energieträger konkurrenzfähig.

Dennoch: Ihr Szenario ist Wunschdenken. Grüne Energietechnologien sind längst nicht marktreif.

Die Technologien sind längst da, nicht nur im Solarbereich, auch beim Wind, bei der Biomasse, Wärmekoppelung und weiteren Bereichen. Es geht heute nur noch um die Umsetzung.

Run auf Ökostrom – nach Fukushima regt sich das Gewissen

Private Haushalte und Dienstleistungsunternehmen stellen um auf grüne Energie. Industriekonzerne hängen weiter am billigen Atomstrom

ZÜRICH Seit dem Reaktorunfall von Fukushima Mitte März sind zahlreiche Haushalte auf Ökostrom umgestiegen. Aber auch Geschäftskunden überdenken ihre Stromquellen. In den vergangenen Wochen haben auch mehrere Firmen auf eine Teil- oder Vollversorgung mit Ökostrom umgestellt. Wechsel melden unter anderem das Stadtwerk Winterthur, die St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke und die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich. Ganz neu ist der Trend nicht: «Seit rund fünf Jahren verzeichnen wir eine leichte Zunahme bei den Geschäftskunden», sagt Bruno Hürlimann, Geschäftsleitungsmitglied beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich. Die

Wasserwerke Zug bestätigen: «Fukushima hat diesen Trend verstärkt.»

Dienstleister sind grüner als Industriebetriebe

Trotz der jüngsten Wechsel: Die Nachfrage nach Ökostrom ist in der Schweiz nach wie vor gering. Ökostrom heisst Energie aus 100 Prozent erneuerbaren Quellen mit ökologischem Mehrwert. Das wichtigste Label dafür ist in der Schweiz Naturemade. Verliehen wird das Zertifikat vom Verein für umweltgerechte Energie in zwei Ausprägungen: als Basic und Star mit strengen ökologischen Auflagen. 2009 wurden 2310 Gigawattstunden Naturemade-zertifizierter Strom verkauft. Das sind vier Prozent des Schweizer Stromverbrauchs. Laut dem Verein entfiel die Hälfte der Nachfrage auf Haushalte, die andere auf Geschäftskunden.

Vor allem Dienstleister haben auf grünen Strom umgestellt. 100 Prozent Ökostrom beziehen zum Beispiel der Lebensversicherer Swiss Life, der Rückversicherer Swiss Re und die Bank Vontobel. Auch die Schweizerische Nationalbank gibt sich umweltbewusst und bezieht seit zwei Jahren nur noch Ökostrom.

Der Zoo Zürich wechselte vor einem Jahr. Billig ist das nicht: «Wir verbrauchen jährlich 5 Gigawattstunden Strom», rechnet der

stellvertretende Zoodirektor Andreas Hohl vor. «Die Umstellung bescherte uns im Jahr eine Mehrbelastung von 150 000 Franken.» Die Zürcher Kantonalbank hat für ihren 100-Prozent-Ökostromanteil jährlich happige Mehrkosten in der Höhe von 800 000 Franken.

Im Gegensatz zu den Dienstleistern setzt die Industrie weiter auf billigen Atomstrom. «Strom ist unser grösster Kostenfaktor und etwa gleich hoch wie die Personalkosten», sagt Marcel Imhof, COO der Schmolz + Bickenbach. Der Stahlproduzent verbraucht an seinen Schweizer Standorten jährlich knapp 400 Gigawattstunden. «Wir müssen den geringsten

Strompreis nehmen. Geschenke können wir uns nicht leisten.» Die Industriekonzerne ABB und Siemens beziehen einen Mix aus Öko- und Atomstrom.

Teilweise Engpässe beim Ökostrom

Die gestiegene Nachfrage nach Ökostrom spüren die zwei grossen Stromproduzenten Axpo und Alpiq. «Seit Fukushima haben die Anfragen unserer Partner und Aktionäre nach Öko-Zertifikaten stark zugenommen», sagt Alpiq-Sprecher Andreas Werz. Ein Engpass zeichne sich aber nicht ab: «Aktuell verkaufen wir nur einen geringen Teil unseres Ökostroms.» Anders die Axpo: «Bereits in zwei

Jahren zeichnet sich eine Knappheit bei den inländischen Öko-Zertifikaten ab», sagt Sprecherin Daniela Biedermann. Auch der Bündner Stromproduzent Repower meldet einen Engpass. Die Eigenproduktion von Strom mit dem strengeren Label Naturemade Star sei für das laufende Jahr «beinahe ausverkauft».

Um Engpässe zu beheben, haben Stromproduzenten verschiedene Möglichkeiten: Kurz- und mittelfristig können sie ihre bestehenden Kraftwerke zertifizieren bei Partnern mit einem Überschuss oder Ökostrom auf dem freien Markt beschaffen. Langfristig sind Investitionen in den Bau neuer Anlagen nötig. CLAUDIA STAHEL